

Nesemann, Katrin: *Medienpolitik im Libanon. Regulationstendenzen nach dem Bürgerkrieg*. Hamburg 2001. 141 S. ISBN 3-89173-065-9 (*Hamburger Beiträge: Medien und Politische Kommunikation – Naher Osten und islamische Welt, Bd. 4*)

Während des Bürgerkriegs (1975-1990) waren in diesem kleinen Land mit ca. 3 Mio. Einwohnern mehr als 50 Fernsehanstalten und 87 bis 200 Radiostationen aktiv, von denen die meisten als Sprachrohr von Milizen und Parteien fungierten. Im Laufe der Jahre entwickelten sich aus einigen professionellen Sender mit einflussreichen „Managern“, die nach Kriegsende teilweise Minister wurden. Dennoch herrschte im Libanon prinzipielles Einvernehmen darüber, dass die regional fragmentierten und politisch polarisierenden Medien hinderlich für den Versöhnungsprozess seien und ihre Reduktion von nationalem Interesse sei. Allerdings kam es über die Ausgestaltung eines Mediengesetzes zu heftigen Kontroversen. Diese stehen im Zentrum der vorliegenden Studie, die aus einer Magisterarbeit von 1998 hervorgegangen ist. Sie behandelt die historischen, politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen besonders der audiovisuellen Massenmedien im Libanon der 1990er Jahre. Als Orientierung dient der Autorin das in Ausführungsbestimmungen mehrfach modifizierte Gesetz 382/94 über die audiovisuellen Medien. Dessen Uneindeutigkeit hatte im November 1994 noch für eine unproblematische Zustimmung im Parlament gesorgt, führte aber im Zuge seiner Implementierung zu massiven Auseinandersetzungen.

Nesemann untersucht die Motive, die hinter dieser Reorganisation steckten:

„War sie eine medienpolitische Notwendigkeit oder der Versuch einer politischen Elite, ihre Kritiker mundtot zu machen?“ (101).

Zunächst war eine Restrukturierung nach dem Chaos des Bürgerkriegs unabdingbar, um die desorientierte Gesellschaft in eine friedlichere, demokratische Zukunft zu weisen. Für den Staat war neben der Illegalität der meisten Sender auch deren Affiliation mit radikalen politischen und religiösen Gruppen problematisch (61). Die Kunden und der libanesische Anzeigenmarkt hätten niemals die große Anzahl bestehender Medien ernähren können, weshalb viele von Mäzenen oder der Protektion ausländischer Regime abhängig geworden oder geblieben wären. Technische Gründe, etwa die begrenzte Zahl an Frequenzen, machten ebenfalls eine Reduzierung erforderlich. Neben diesen anerkannten Gründen spielten offensichtlich aber auch politische Motive – die Ausschaltung oppositioneller Stimmen – und wirtschaftliche Interessen eine entscheidende Rolle. Außer dem Hizb Allah-Sender al-Manar, der wegen des Widerstands gegen die israelische Besatzung im Südlibanon eine Sondergenehmigung erhielt, und im konfessionellen Ausgleich dem christlichen Sender Télé Lumière, wurden ausschließlich Fernsehsender lizenziert, die in enger wirtschaftlicher Verbindung zu Regierungsmitgliedern standen. Die Politiker bedienten sich aus der Konkursmasse bestehender Medien (so gehört LBCI heute syrienfreundlichen, christlichen Führern), standen bereits bestehenden Anstalten nahe (so der Innenminister Michel Murr MTV) oder gründeten eigene TV-Stationen (der Ministerpräsident Rafiq al-Hariri al-Mustaqbal, der Parlamentspräsident Nabih Berri NBN – im Volksmund: Nabih Berri Network), während die staatlichen Medienanstalten, die den Nukleus für eine öffentlich-rechtliche Anstalt hätten bilden können, weiter gestutzt wurden. Gegen solche Form der Privatisierung der Medien durch die politische Oligarchie regte sich breiter Widerstand seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen (Gewerkschaften, Berufsverbände der Journalis-

ten), oppositioneller Parteien (Hizb Allah, Kommunistische Partei) und der nicht (ausreichend) berücksichtigten Gemeinschaften der Drusen und (anfangs) der Schiiten.

Zum Inhalt: Kap. II (12-20) bietet einen Überblick über die Situation der Massenmedien im Nahen Osten, die sich durch ungenügende ökonomische Ausstattung, Abhängigkeit vom Staat oder der Patronage von Parteien und Mäzenen auszeichnet. Mobilisierungsfunktion steht daher vor Informationsvermittlung. Wo nicht staatliche Zensur greift, findet mitunter Selbstzensur statt, um nicht den finanzkräftigen Anzeigenmarkt in den Golfstaaten zu verprellen. Die restriktive Informationspolitik Saudi-Arabiens und anderer Golfstaaten hat so Konsequenzen für nahezu alle arabischsprachigen Medien.

Die libanesische Gesellschaft (Kap. III, 21-35) zeichnet sich durch eine Gemengelage aus primordialen Loyalitäten zu Großfamilie, Dorf und Religionsgemeinschaft aus. Dies führt zu Abhängigkeits- und Loyalitätsverhältnissen und zu einer sehr personenbezogenen Politik. Durch den Bürgerkrieg fand zwar eine Machtverschiebung zu ehemaligen Warlords und emporgekommenen Geschäftsleuten aus mittelständischen Verhältnissen statt, aber keine grundlegende Strukturreform. Bei den Wahlen 1996 setzte sich eine Klasse von Businessmen und Multimillionären als größte Fraktion im Parlament durch. Dem Multimilliardär und Ministerpräsident Rafiq al-Hariri (reg. 1992-1998 und seit 2000) gelang es, eine noch nie da gewesene wirtschaftliche und politische Macht auf sich zu vereinen.

In Kap. IV (36-39) hebt Nesemann die Verantwortung der Medien für die Bewahrung der fragilen nationalen Identität hervor. In ihrem Urteil, dass

„staatliche Regulierungspolitik und u. U. sogar Zensur nicht per se negativ zu beurteilen sind, sondern gegen die Bedürfnisse des betreffenden Staatswesens abgewogen werden müssen“ (39),

hätte sie m. E. vorsichtiger sein müssen, da dieses Argument von nahöstlichen Poten-

taten gerne missbraucht wird. Als abschreckendes Beispiel nennt sie selbst Hariri, der die seinem Wiederaufbauprojekt des Stadtzentrums von Beirut kritisch gegenüberstehenden oppositionellen Medien im Namen der Staatsraison ausbootete.

Eine „kurze Geschichte der libanesischen Medien“ von den Anfängen der ersten arabischen Druckerpresse 1733 bietet Kap. V (40-65). Mit seinen vergleichsweise liberalen Gesetzen und fortgeschrittener Technologie entwickelte sich der Libanon zum Medien- und Nachrichtenzentrum der arabischen Welt, zum panarabischen Sprachrohr und Tummelplatz arabischer Oppositioneller. Kurzportraits der wichtigsten Tageszeitungen (59 f.), Radio- und TV-Stationen (60-63) liefern einen guten Überblick.

Im zentralen Kap. VI (66-95) über die „Reorganisation der audiovisuellen Medien 1994-96“ analysiert Nesemann das am 4.11.1994 verabschiedete Gesetz über die audiovisuellen Medien, dessen Regelungslücken allerdings in der Folge Spielraum für fragwürdige Interpretationen boten. Die nicht geklärten Fragen zur Anzahl der Sender, zum Recht auf politische Nachrichtensendungen und zum Betrieb von Satellitenkanälen waren in der Folgezeit Gegenstand von Kontroversen. Spannungsvoll blieb das Verhältnis zwischen dem Anspruch auf Meinungsfreiheit und -vielfalt und den Maximen nationaler Verständigung, von Sicherheit und wirtschaftlicher Erholung, da letztere von der Regierung für eigenmächtige Interessen ausgelegt werden konnten. Politische Motive steckten wohl hinter der Verschleppung von Genehmigungen und vorgeblich technischen Gründen für die Abschaltung bestehender (oppositioneller) Kanäle wie New TV und ICN, während ein dem Parlamentspräsidenten Nabih Berri konzederter Sender zusätzlich genehmigt wurde (77). Die Ausstrahlung regierungskritischer Interviews wurde bisweilen verboten oder diente als Vorwand für anschließende Restriktionen. Nur wenige Tage nachdem etwa Nadjah Wakim im Januar 1998 auf LBCI schwere Vorwürfe der Korruption gegen Hariri erhoben hatte, wurden alle

über Satellit gesendeten politischen Programme verboten. Begründet wurde dies mit der Notwendigkeit einer investitionsfreundlichen Selbstdarstellung und der Erhaltung guter Beziehungen zu befreundeten arabischen Regimen (82 f., 91 f.).

In weiteren Kapiteln werden aktuelle Zahlen zum Medienmarkt (VI, 88-90), neuere Beispiele von Pressezensur genannt (VII, 91-6) und die ausländische Einflussnahme, besonders durch Syrien und Saudi-Arabien, thematisiert (VIII, 96-9). In der Schlussbetrachtung (Kap. IX, 100-4) gelangt Nesemann zu dem etwas überspitzten Urteil, dass eine Pressefreiheit im Libanon „heute kaum noch gewährleistet“ sei (102). Aber alle von Nesemann genannten Fälle staatlicher Einflussnahme und Reglementierung wurden in den Medien und der Bevölkerung breit diskutiert. Man neigt eher zu der Auffassung, dass die wenigen zensierten Interviews der vergangenen Jahre gerade durch ihren Verbotsscharakter besondere Aufmerksamkeit erlangten.

„Kull mammu' maghrub – alles Verbotene ist beliebt“

besagt ein libanesisches Sprichwort. Das Verbot, politische Sendungen via Satellit zu senden, wurde bereits im Oktober 1998 wieder aufgehoben. Strafen für die (offiziell bereits seit 1965 verbotene) Kritik an ausländischen Staatsoberhäuptern wurden nicht verhängt.

Die Arbeit wurde Ende 1998 abgeschlossen. Vor der Veröffentlichung 2001 wurde ein Nachtrag der Entwicklungen bis Anfang 2001 angefügt (S. 105-118), Angaben im Text sind ansonsten aber nicht überarbeitet worden. Unter der Regierung von Salim al-Huss (1998-2000) erhielten drei Fernseh- und einige Radio-Sender Lizenzen, so dass es nun insgesamt 9 TV-Sender und seit dem 31.8.1999 23 Radio-Sender gibt. Zensur und Eingriffe der Sicherheitsbehörden nahmen nach der Rückkehr Hariris an die Macht 2000 geringfügig ab, obwohl Huss und Lahoud eine Liberalisierung der Mediengesetze zugesagt hatten. Die Reform des einzigen staatlichen Senders, Télé Liban, wurde

Buchbesprechungen

weiter verschleppt. Am 28.2.2001 wurde er geschlossen und komplett restrukturiert, alle Mitarbeiter mit Abfindungen entlassen (106). Im Anhang finden sich das Gesetz über die audiovisuellen Medien vom 4.11.1994 in englischer und das Gesetz 531 zum Satellitenrundfunk vom 24.7.1996 in deutscher Übersetzung (S. 127-141).

Die Arbeit hätte durch Entfernen inhaltlicher Redundanzen und eine stringenterer Gliederung gestrafft werden können. Zeitliche und gedankliche Sprünge erschweren dem mit libanesischen Verhältnissen nicht vertrauten Leser mitunter das Verständnis der Abläufe. Insgesamt handelt es sich aber um eine auch stilistisch ansprechende Fallstudie. Sie bietet eine gelungene Verknüpfung aus Information und kritischer Analyse.

Stephan Rosiny